

Yu-Hsi Nieh

Zur politischen und wirtschaftlichen Lage von Hongkong angesichts der nahenden historischen Wende 1997

1 Der Countdown zum Abruf der Kronkolonie hat bereits begonnen

Hongkong, das 1842 als eine Folge des Opiumkrieges von China an Großbritannien abgetreten worden war, wird nach dem 1984 zwischen London und Beijing unterzeichneten neuen Vertrag am 1. Juli 1997 wieder an China zurückgegeben. Bis dahin ist es nur eine kurze Zeit von noch nicht einmal vier Jahren. Das Territorium mit einer Fläche von insgesamt 1.075 qkm (einschließlich der Halbinsel Kowloon und des gepachteten Umlands New Territories) und einer Bevölkerung von knapp sechs Millionen ist nicht nur die bedeutendste der übriggebliebenen Kronkolonien, sondern auch eines der wichtigsten Finanzzentren der Welt. Ferner hat Hongkong im Unterschied zur kommunistischen Volksrepublik China eine klassisch kapitalistische Gesellschaft. In Anbetracht all dessen wartet man mit großer Spannung auf die einschneidende Wende 1997. Viele wollen das historische Ereignis persönlich an Ort und Stelle erleben, so daß die Zimmer aller renommierten Hotels in Hongkong bereits jetzt ausgebucht sind.¹



(FEER, 8.7.93)

Die atemberaubende Spannung des Countdowns für 1997 ist besonders daran zu erkennen, daß die chinesische Regierung in Beijing im Juli d.J. bereits offiziell eine Arbeitsgruppe (Yuweihui) für die Gründung eines "Vorbereitungskomitees zur Übernahme von Hongkong" ge-

bildet hat. Es sollen auch über 200 ausgewählte Offiziere an einem Ausbildungskurs in Guangzhou (Kanton) teilnehmen, um die Stationierung einer Einheit der chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) in Hongkong nach der Übernahme vorzubereiten.² Die Bank of China (BOC), ein zu Beijing gehörendes Geldinstitut in der Kronkolonie, wird vom Mai nächsten Jahres an eigene Hongkonger Banknoten emittieren. Darüber hinaus gibt es seit einigen Monaten wieder heftigen Streit zwischen den Briten und der chinesischen Führung über politische Reformen für die letzten Jahre vor der Rückgabe der Kolonie.

2 Die politischen Entwicklungen seit dem Sino-britischen Hongkong-Abkommen von 1984

Bezüglich der Zukunft Hongkongs hat sich Beijing im genannten Vertrag von 1984 verpflichtet, nach der Rücknahme der Kronkolonie eine autonome Sonderverwaltungszone (SVZ) einzurichten, und zwar mit einem eigenen Grundgesetz, das die Aufrechterhaltung des bestehenden kapitalistischen Systems und der bisherigen Lebensweise der Bevölkerung für 50 Jahre gewährleisten soll. Während der Übergangszeit bis Ende Juni 1997 ist die britische Regierung, so heißt es, weiter zuständig für die Verwaltung in Hongkong und verantwortlich für die Kontinuität der dortigen Wirtschaftsprosperität und Gesellschaftsstabilität. Die chinesische Regierung hat dazu ihre Zusammenarbeit angeboten.³

Aber wie das politische System der geplanten SVZ Hongkong sein soll, wird im Vertrag nicht genau definiert. Er sieht lediglich vor, daß sich die Regierung der SVZ aus Einheimischen zusammensetzt. Der Regierungschef wird durch örtliche Wahlen oder Konsultationen bestimmt und dann von der Zentralregierung in Beijing ernannt. Das Legislativorgan (Parlament) der SVZ wird gewählt. Das Exekutivorgan trägt dem Legislativorgan gegenüber die politische Verantwortung. Ob der Regierungschef und alle Parlamentarier vom Volk direkt oder indirekt gewählt werden und ob das Parlament das Mißtrauensvotum besitzen kann, ist unklar, oder, mit anderen Worten, die Vertragsparteien haben sich darauf nicht einigen können.

Infolgedessen gerieten beide Seiten ein Jahr nach der Unterzeichnung des Vertrages schon in Streit, als die Briten planten, eine westliche Demokratie in Hongkong einzuführen, wie sie es bislang bei jeder Aufgabe einer Kronkolonie getan hatten. So wurde ihnen von den Chinesen vorgeworfen, vom Abkommen 1984 abzuweichen und ein für die kommunistische chinesische Regierung unberechenbares oder sogar unannehmbares *Fait accompli* in Hongkong vor der Übergabe 1997 zu schaffen. Die zukünftige Regierungsform Hongkongs werde nur vom chinesischen Grundgesetz für die SVZ Hongkong vorgeschrieben, und jede politische Reform in Hongkong während der Übergangszeit müsse auch mit dem Grundgesetz koordiniert werden, so argumentierte Beijing.

Erst am 4. April 1990 wurde vom chinesischen Nationalen Volkskongreß (NVK) das Grundgesetz für die SVZ Hongkong verabschiedet. Zur Bildung der ersten Regierung und des ersten Legislativrats der SVZ faßte der

NVK gleichzeitig einen Sonderbeschuß; danach soll der erste Regierungschef von einem Wahlgremium durch lokale Konsultationen oder Wahlen nominiert und dann von der Zentralregierung in Beijing ernannt werden. Der erste Legislativrat der SVZ wird aus 60 Mitgliedern bestehen, und zwar 20 davon nach geographischen Wahlbezirken direkt, 10 vom Wahlgremium und 30 von wirtschaftlich-sozialen Funktionskörperschaften (functional constituencies) indirekt gewählt. Ferner heißt es, wenn die Zusammensetzung des letzten Legislativrats vor der Errichtung der SVZ den einschlägigen Bestimmungen des NVK-Sonderbeschlusses entspricht, können solche Mitglieder, die das Grundgesetz unterstützen und der SVZ Hongkong in Treue dienen wollen und den Anforderungen des Grundgesetzes genügen, nach Bestätigung durch das "Vorbereitungskomitee für die Übernahme Hongkongs" Mitglieder des ersten Legislativrats der SVZ werden.⁵ Beijing will offenbar nicht gleich nach der Übernahme Wahlen zum Legislativrat abhalten, um zu vermeiden, daß die politische Lage in Hongkong möglicherweise von vornherein außer Kontrolle gerät.

Kurz vor der Verabschiedung des Grundgesetzes für die SVZ hatten sich London und Beijing darauf geeinigt, die Anzahl der direkt gewählten Mitglieder des letzten Legislativrats vor sowie des ersten nach der Wende 1997 auf 20 festzulegen. Spektakulär kündigte der neue Gouverneur von Hongkong, Chris Patten, am 7. Oktober 1992 in seiner Antrittsrede vor dem Legislativrat einen brisanten Plan zur Reform der Legislativratswahl 1995 an, also der letzten Wahl unter der britischen Kolonialregierung. Danach soll die Anzahl der "functional constituencies", welche für die indirekten Wahlen von 30 Abgeordneten zuständig sind, von 21 auf 30 erweitert werden, wobei statt der Körperschaften nur deren individuelle Mitglieder das Wahlrecht besitzen. Das Wahlgremium für die indirekten Wahlen von weiteren 10 Abgeordneten soll allein oder zum großen Teil von den direkt gewählten Mitgliedern der Bezirksräte gebildet werden. Auf diesen Umwegen könnte die Anzahl der direkt gewählten Abgeordneten praktisch weit erhöht werden, obwohl sie formell immer noch bei 10 bleibt. Ferner soll der Legislativrat, der bislang nur als Beratungsorgan für den Gouverneur dient, nach dem Plan von Patten mehr parlamentarische Kontrollfunktionen gegenüber der Administration erhalten.⁶

Dies stieß wieder auf scharfe Kritik der chinesischen Seite. Beijing behauptet, daß die Außenminister beider Staaten schon 1990 geheime Vereinbarungen über die Bildung des Wahlgremiums für die indirekten Wahlen von 10 Mitgliedern des Legislativrats 1995 getroffen hätten, und zwar nach dem Modell im chinesischen Grundgesetz für die SVZ Hongkong in bezug auf die Zusammensetzung des 2. und 3. Legislativrats zwischen den Jahren 1999 und 2007. Es sieht dort vor, daß das Wahlgremium aus 800 Mitgliedern besteht, davon 200 aus Industrie-, Handels- und Finanzkreisen, 200 aus Berufsverbänden, 200 aus Kreisen der Arbeiter, Sozialarbeiter und religiösen Institutionen, 200 aus Kreisen der Legislativratsmitglieder, kommunalen Vertretern, Abgeordneten des chinesischen NVK aus Hongkong und Mitgliedern der Chinesischen Nationalen Politischen Konsultationskonferenz aus Hongkong. Am 29. Oktober 1992 haben Beijing und London gleichzeitig sieben diesbezügliche

Briefe der beiden Außenminister veröffentlicht. Die Meinungsverschiedenheiten wurden dadurch jedoch kaum beseitigt; der britische Außenminister Douglas Hurd hat in einem Brief vom 12. Februar 1990 an seinen chinesischen Amtskollegen Qian Qichen die Bildung des Wahlgremiums nach dem chinesischen Modell nur prinzipiell akzeptiert und um weitere Diskussion darüber gebeten. Während die chinesische Seite dies als eine Einwilligung Londons versteht, besteht Gouverneur Patten auf weiteren Verhandlungen über die Einzelheiten und verlangt von Beijing einen Gegenvorschlag dazu. Zudem wollen viele Bewohner in Hongkong den Briefwechsel von Außenministern nicht als völkerrechtlich verbindliche Dokumente anerkennen.⁷

Im Unterschied zu seinen Vorgängern ist Gouverneur Patten kein Kolonialverwalter, sondern ein vollblütiger und hochkarätiger Politiker - er ist ehemaliger Vorsitzender der britischen Regierungspartei Tory und Freund von Premierminister John Major und Außenminister Douglas Hurd. Man hat den Eindruck, daß er mit seinem Plan zur Beschleunigung der Demokratisierung in Hongkong den Briten einen "ehrvollen" Rückzug bereiten möchte. Hingegen befürchtet Beijing, daß eine schnelle Demokratisierung in Hongkong bei seiner Übernahme Schwierigkeiten bringen würde. Bei den ersten direkten Wahlen von 18 der 60 Mitglieder des Legislativrats im September 1991 z.B. haben die liberal-demokratischen Kräfte, die der kommunistischen Regierung in Beijing kritisch gegenüberstehen, einen erstaunlichen Sieg von 16 Sitzen errungen, hingegen wurde keiner der von der chinesischen Seite unterstützten Kandidaten gewählt. Neben dem politischen Reformplan kündigte Patten in seinem ersten Regierungsbericht auch eine expansive Finanzpolitik an, die der Sozialpolitik, Forschung, Bildung, dem Gesundheitswesen, Wohnungsbau und Umweltschutz zugute kommen soll. Die chinesische Führung bezeichnete dies als Vergeudung auf Kosten der künftigen chinesischen SVZ und hielt ihm vor, Hongkong wie seinen Wahlbezirk zu behandeln.

Als Patten vom 20. bis 23. Oktober 1992 zur Erläuterung seines Reformplanes Beijing besuchte, wurde er von der chinesischen Führung sehr kühl empfangen. Ministerpräsident Li Peng sagte ein vereinbartes Treffen ab, und der statt ihm angetretene Außenminister Qian Qichen weigerte sich, dem Gouverneur die Hand zu reichen. Nach einer sechs - statt wie vorgesehen vier - Stunden dauernden Unterredung mit dem Direktor des Büros für Angelegenheiten Hongkongs und Macaus unter dem chinesischen Staatsrat (Kabinett), Lu Ping, stellte Patten fest, es habe keine Übereinkunft gegeben. Darauf erfolgte ein monatelang andauerndes Wortgefecht. Sämtliche Kontakte zwischen London und Beijing über die Regelung der Zukunft Hongkongs einschließlich der Konsultationen für den Bau des neuen internationalen Flughafens wurden unterbrochen. Patten warnte die Chinesen davor, daß die Briten die politische Reform in Hongkong auch allein durchführen würden, wenn es zu keiner Einigung mit Beijing kommen sollte. Darufhin drohte die chinesische Seite an, in diesem Fall einen "anderen Kochherd" zu errichten, d.h. die Reformen nach der Übernahme Hongkongs wieder rückgängig zu machen oder sogar die Übernahme vorzuverlegen.

Erst Mitte April 1993 einigten sich Beijing und London, über die Wahlen Hongkongs 1994/95 zu verhandeln. Im Juni nahmen auch das Sino-britische Komitee zur Überwachung des Flughafenbaus in Hongkong und die Sino-britische Gemeinsame Liaisongruppe für die Übergabe Hongkongs ihre Gespräche wieder auf. Dazu führte der britische Außenminister Hurd am 8. und 9. Juli in Beijing mit der chinesischen Führung Gespräche über die letzten Wahlen der Kronkolonie vor der Übergabe. Auf der Pressekonferenz danach betonte er, daß die Wahlmethoden 1994/95 offen, fair und akzeptabel für die Bevölkerung Hongkongs sein müßten. Die Probleme seien schwierig. Beide Seiten hätten sich darauf geeinigt, die Verhandlungen weiter zu beschleunigen und seien sich auch darüber im klaren, daß nicht endlos ohne Ergebnisse weiterverhandelt werden könne. Es gebe zwar keine Zeitbeschränkung, aber die Zeit sei auch nicht grenzenlos.⁸ Allerdings konnten die Unterhändler beider Seiten in der 9. und 10. Verhandlungsrunde (am 16./17. August bzw. am 4./5. September) über die kommenden Wahlen Hongkongs immer noch keinen Erfolg erzielen. Zwei weitere Runden sind für September vorgesehen, außerdem werden Außenminister Hurd und Qian Ende September am Rande der UN-Vollversammlung in New York noch einmal darüber sprechen.

Schwerpunkt und Hauptschwierigkeit bei den Verhandlungsrunden ist Hurd zufolge neben den Wahlmodalitäten für 1994/95 auch die Frage des sog. "Direktzugs" (zhitongche) für die Abgeordneten, d.h. die Aufrechterhaltung des Mandats der Mitglieder des letzten kolonialen Legislativrats im ersten Legislativrat der chinesischen SVZ Hongkong.⁹ Bislang lehnt Beijing den Plan von Patten zur Wahlreform ab und ist auch nicht bereit, diejenigen Abgeordneten in den "Direktzug" 1997 einsteigen zu lassen, die an den Demokratiebewegungen in China und Hongkong mitgewirkt haben oder der kommunistischen chinesischen Führung kritisch gegenüberstehen.

Um jeweils die andere Seite unter Druck zu setzen, hat man in Hongkong bereits im Juli d.J. mit der neuen Regelung der Wahlbezirke und der Gründung des Wahlkomitees für die Wahlen 1994/95 begonnen, und zugleich wurde in Beijing, wie bereits erwähnt, eine Arbeitsgruppe für die Gründung eines "Vorbereitungskomitees zur Übernahme von Hongkong" gebildet.

3 Aktuelle Wirtschaftslage

Die gespannte Atmosphäre des Countdowns und der sino-britische Streit über Patten's politische Reformpläne haben Hongkongs Wirtschaft bislang kaum beeinflusst. Dies spiegelt sich vor allem in den Börsenkursen sowie auf dem Immobilienmarkt wider. Während die Wohnimmobilienpreise im ersten Halbjahr 1993 um 15% gestiegen sind, legte der Hang-Seng-Aktienindex in den ersten acht Monaten mehr als 30% zu.¹⁰ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Indikator der allgemeinen wirtschaftlichen Leistung Hongkongs hatte offiziellen statistischen Angaben zufolge im ersten Quartal d.J. beim Jahresvergleich ein reales Wachstum von 5,3% zu verzeichnen.¹¹ Für das ganze Jahr 1993 wird von der Regierung eine BIP-Steigerungsrate von 5,5% vorausgesagt, nach 5% im letzten Jahr.¹²

Die gegenwärtige gute Konjunkturlage Hongkongs ist vor allem dem anhaltenden Wirtschaftsboom in China mit einer zweistelligen Wachstumsrate im letzten wie voraussichtlich auch in diesem Jahr zu verdanken. Nach Schätzung von Experten sind 70% des Hongkonger BIP auf den chinesischen Markt angewiesen.¹³ Besonders in den letzten Jahren haben die meisten Unternehmen Hongkongs aus Kostenüberlegungen ihre arbeitsintensive Industrieproduktion über die Grenze nach China mit weit niedrigeren Löhnen und Bodenpreisen ausgelagert. Allein im Delta des Perlflusses (Zhujiang) gibt es rund 20.000 Betriebe mit Investitionen oder ständigen Verarbeitungsaufträgen aus Hongkong. Sie beschäftigen drei Millionen Personen, mehr als Hongkongs eigene Gesamtbeschäftigte (2,8 Mio.).¹⁴ 1992 hatte dieses sog. "Outward Processing" einen Anteil von 72% an Hongkongs Einfuhren aus China und einen Anteil von 52% an den Gesamtausfuhren nach China (74% an Eigen- und 46% an Reexporten).¹⁵

Chinesischen Statistiken zufolge wurden 1984-1991 Direktinvestitionen in Höhe von insgesamt 12,5 Mrd. US\$ aus Hongkong in China realisiert.¹⁶ Hongkong und Macau zusammen haben einen Anteil von rd. 60% am Gesamtvolumen ausländischer Investitionen in China und nehmen damit die Spitzenposition unter allen ausländischen Investoren ein.¹⁷ Umgekehrt sind die chinesischen Investitionen in Hongkong in den letzten Jahren ebenfalls drastisch gestiegen. Nach offiziellen Angaben gibt es über 1.000 festlandchinesische Firmen in Hongkong - einschließlich der in den offiziellen Statistiken nicht erfaßten mittleren und kleinen Firmen sowie Joint Ventures wird die Zahl sogar auf etwa 4.000 geschätzt. Das Gesamtvolumen festlandchinesischer Direktinvestitionen in der Kronkolonie wird auf 13 bis 20 Mrd. US\$ geschätzt.¹⁸ Sie schaffen direkt oder indirekt 1,2 Millionen Arbeitsplätze, was 20% der Gesamtbevölkerung oder 67% aller Beschäftigten Hongkongs entspricht.¹⁹ Die Bank of China verfügt über 20% der Gesamtdespositen von Hongkong; einschließlich anderer zum chinesischen Staat gehörenden Geldinstitute in Hongkong erhöht sich die Quote auf 25%.²⁰ Ferner hatten Hongkonger Banken China gegenüber 1992 eine Nettoverschuldung von 42,4 Mrd. HK\$ (über 5,4 Mrd. US\$).²¹

Neuerdings lassen auch zahlreiche festlandchinesische Firmen ihre Aktien an der Hongkonger Börse notieren. Analytiker in Hongkong rechnen damit, daß chinesische Unternehmen bis zur Jahrhundertwende rund die Hälfte der gesamten Marktkapitalisation des Hongkonger Aktienmarktes ausmachen werden. Hongkongs Börse sieht gerade darin eine große Chance, sich als Finanzierungsquelle für Investitionen auf dem chinesischen Festland zu etablieren.²²

All dies zeigt eine zunehmende wirtschaftliche Integration zwischen Hongkong und China trotz des oben genannten politischen Streits. Eine panische Kapitalflucht aus der Kronkolonie angesichts der heranrückenden Wende von 1997, wie man sie vor einiger Zeit befürchtet hatte, ist bislang nicht zu erkennen. Nicht nur die einheimischen, sondern auch die meisten ausländischen Unternehmen haben ihr Vertrauen in Hongkong als Standort unverändert beibehalten. Zwischen März 1991 und März 1993 stieg die Zahl der bestehenden einheimischen Firmen von 272.883 auf 373.406, während die der ausländischen von 2.690 auf 3.284 zunahm.²³

4 Perspektive für die Zeit nach dem Abruf der Kronkolonie 1997

Die Kapitalisten Hongkongs haben zwar ideologisch keinen gemeinsamen Nenner mit den chinesischen Kommunisten, teilen jedoch aus Wirtschaftsinteresse den Standpunkt Beijings, politische Stabilität sei vor Demokratie zu setzen. Deswegen sind sie mit Pattens politischen Reformplänen nicht unbedingt einverstanden. Im März 1992 berief die chinesische Regierung 44 konservative Persönlichkeiten aus Hongkong zu Beratern für die Angelegenheiten Hongkongs. Auch in der oben genannten Arbeitsgruppe für die Gründung eines "Vorbereitungskomitees zur Übernahme von Hongkong" sind die von der chinesischen Regierung ausgewählten Vertreter Hongkongs überwiegend Großunternehmer.

Im allgemeinen sind die Bürger Hongkongs unter der Kolonialregierung eigentlich apolitisch. Nach der Unterzeichnung des Sino-britischen Abkommens von 1984 herrschte noch lange Zeit Optimismus unter der Bevölkerung über die Zukunft Hongkongs. Erst nach dem blutigen Ereignis vom 4. Juni 1989 auf dem Tiananmen-Platz (Tor des Himmlischen Friedens) in Beijing wurde die "Furcht vor 97" wiederbelebt, die man in der Kolonie zunächst Anfang der achtziger Jahre infolge der heftigen Auseinandersetzungen zwischen Beijing und London vor der Unterzeichnung des Sino-britischen Abkommens empfunden hatte. Aufgrund des eigenen künftigen Schicksals hatten die Hongkonger seinerzeit die Demokratiebewegung in China massiv unterstützt. Nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung gingen Tausende Hongkonger gegen die kommunistische Führung demonstrierend auf die Straße. Aus gleichen Gründen fand der Reformplan Pattens zur Erweiterung und Festigung der Demokratie in Hongkong vor der Wende 1997 am Anfang großes Echo unter der Bevölkerung, vor allem bei intellektuellen wie Studenten, Professoren, Rechtsanwälten, Ingenieuren, Managern und anderen Mittelständlern. Durch den hartnäckigen Widerstand Beijings ist die Euphorie mit der Zeit allerdings immer weiter gedämpft worden.

Die chinesische Regierung hat nach der Verabschiedung des Grundgesetzes für die SVZ Hongkong durch den NVK behauptet, daß sie den Landsleuten in Hongkong mehr Demokratie gebracht habe als die Briten in 150 Jahren. Doch solange China selbst kein Rechtsstaat ist und Andersdenkende nicht toleriert, kann man den Bürgern Hongkongs schwer zumuten, an bloße Vorschriften auf dem Papier oder verbale Versprechungen zu glauben. Durch die Kampagne der chinesischen Seite gegen Pattens politischen Reformplan ist das Mißtrauen der Hongkonger Bevölkerung noch verstärkt worden.

Es ist zwar kaum zu bezweifeln, daß die chinesische Regierung die Prosperität Hongkongs nach der Rücknahme 1997 aufrechterhalten will, einfach aufgrund ihrer eigenen starken Wirtschaftsinteressen in Hongkong und auch weil sie mit Hongkong ein Modell vom sogenannten "einen Staat mit zwei Systemen" im Hinblick auf die Wiedervereinigung mit Taiwan schaffen möchte. Doch die erfolgreiche Wirtschaft Hongkongs beruht auf Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, ohne sie würde sie die wichtigsten Grundlagen verlieren.

Anmerkungen

- 1) FEER, 8.7.93, S.16.
- 2) ZM, Aug. 1993, S.16; FEER, 5.8.93, S.21 f.
- 3) Siehe dazu Nieh, Yu-Hsi, "Chinesisch-britische Vereinbarung über Hongkong", in: C.a., 1984/9, S.528 ff.
- 4) Siehe dazu C.a., 1985/11, Ü 37, S.756 f.; Nieh, Yiu-Hsi, "Die Wiederbelebung der sino-britischen Kontroverse über Hongkong", in: C.a., 1989/12, S.931 ff.
- 5) Zum Text des Grundgesetzes und den bezüglichen Beschlüssen des NVK in Englisch s. C.a., April 1990, S.293 ff.
- 6) Ausführlich dazu siehe C.a., Okt. 1992, Ü 42, S.706 f.
- 7) Dazu siehe SCMP, 29.10.92.
- 8) DGB, 11.7.93; SCMP, 10.7.93; FT, SZ und FAZ, 10./11.7.93.
- 9) Ebenda.
- 10) XNA, 21. und 26.8.93.
- 11) AWSJ und IHT, 10.8.93.
- 12) SCMP, 4.3.93; DGB, 5.3.93; NZZ, 6.3.93.
- 13) AWSJ, 10.8.93.
- 14) DGB, 6.5.93.
- 15) Census and Statistics Department, Hongkong, *Hongkong Monthly Digest of Statistics*, May 1993, S.25.
- 16) *Gangao Jingji*, Guangzhou, 1992/9, S.26.
- 17) SWB, 8.4.92.
- 18) Vgl. *Gangao Jingji*, a.a.O., 1993/No.3, S.61; FAZ, 14.6.93.
- 19) Vgl. Li, Jiezh, "Hou guoduqi de zhongzi" (Das chinesische Kapital [in Hongkong] während der letzten Übergangsperiode), in: *Guangjiaojing*, Hongkong, 1992/2, S.58; NfA, 5.12.91.
- 20) *Gangao Jingji*, a.a.O., 1992/9, S.21, und 1993/3, S.61; LHB, 7.8.92.
- 21) Nach FAZ, 14.6.93.
- 22) Ebenda.
- 23) Anm. 15, S.110.